

Prof. Dr. Franz Lehner
Prof. Dr. Jörg Bogumil
Prof. Dr. Rolf G. Heinze
Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier
(alle Fakultät für Sozialwissenschaft,
Ruhr-Universität Bochum)

IAT
Institut Arbeit und Technik

 **pro Ruhrgebiet**


ELE
Energie für Gelsenkirchen.

 **Sparkasse
Gelsenkirchen**

Ruhrvisionen

Von kollektiven Illusionen zu mehr Kooperation

Visionen sind immer ein Griff nach den Sternen, ein Traum von etwas, das es nicht gibt und oft zunächst unerreichbar erscheint. Damit dieser Traum kein Traum bleibt, muss man eine Strategie entwickeln, um das bisher Unerreichte erreichbar zu machen. Diese Strategie hat aber nur dann Erfolgsaussichten, wenn sie auf einer nüchternen Situationsanalyse aufbaut. In der Diskussion über die Zukunft des Ruhrgebiets mangelt es nicht an interessanten Konzepten, aber es fehlt oft die Bereitschaft, nüchtern zu prüfen, ob im Ruhrgebiet überhaupt die Voraussetzungen bestehen, die für ihre Realisierung notwendig sind.

Das Ruhrgebiet hat in den letzten vier Jahrzehnten viel erreicht, aber wenig gewonnen. Zwar hat es in dieser Zeit Stärken und Potenziale entwickelt, mit denen sich positive Zukunftsperspektiven realisieren lassen. So ist das Ruhrgebiet zu einer anerkannten Kulturregion geworden, seine Hochschulen können sich mit ihren Leistungen in Forschung und Lehre gut sehen lassen und gehören zum Teil zur Spitze in Deutschland. In der Wirtschaft wurden Stärken in innovativen Bereichen, wie der Informationstechnologie, der Logistik und der Medizintechnologie entwickelt. Aber die Voraussetzungen für eine nachhaltige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Ruhrgebiets in entscheidenden Punkten haben sich verschlechtert. Zwei Politikfelder sind besonders problematisch, die Bildungspartizipation und die regionale Handlungsfähigkeit.

Gefährdung des Humanvermögens statt neuer sozialer Mittel!

Ein unterschätztes, jedoch für die Zukunft des Ruhrgebiets gravierendes Problem ist die Gefährdung des „Humanvermögens“. Mit dem Begriff Humanvermögen werden elementare soziale Daseinskompetenzen und Motivationen bezeichnet, ohne die sich das „Humankapital“, also das Wissen und die Fähigkeiten, die eine moderne wissensbasierte Wirtschaft braucht, nicht entfalten kann. Zum Humanvermögen gehören Solidarität, Empathie, Vertrauen, Bildungsbereitschaft, Gesundheit, Leistungsorientierung und Arbeitsmotivation. In

der montanindustriellen Vergangenheit waren das jene Eigenschaften, die den besonderen „Menschenschlag“ des Ruhrgebiets“ geprägt haben. Im Prozess der Deindustrialisierung des alten Reviers ist dieses Humanvermögen durch Perspektivlosigkeit, Armut und die soziale Exklusion von vielen Menschen aus Arbeit und Bildung prekär geworden.

Die soziale Entmischung der Städte durch den Fortzug der Mittelschichtfamilien an die Ränder und in das Umland hat diesen Prozess beschleunigt. Die Kinder dieser Familien ziehen als junge Erwachsene zwar wieder in die Städte – oft aber nicht mehr in die Städte des Ruhrgebiets. Die Ruhrgebietsstädte werden zunehmend geprägt und in ihrer Entwicklung gehemmt durch die Kumulation sozialer Probleme und den Zerfall zivilgesellschaftlicher Strukturen in „abgehängten“ Problemstadtteilen, die nördlich der A40 mittlerweile ein die Stadtgrenzen überschreitendes Band bilden. Diese wachsende sozialräumliche Polarisierung von Lebenslagen und Lebenschancen ist nicht nur sozialpolitisch unerwünscht, sie verschlechtert auch die Voraussetzungen für eine nachhaltige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung im Ruhrgebiet. Das Ruhrgebiet verliert die sozialen und kulturellen Voraussetzungen dafür, Wandel zu gestalten.

Die hier angesprochene Problematik wird oft falsch als Migrations- und Integrationsproblem verstanden. Wir haben es aber mit einem „Unterschichtproblem“ zu tun, das die „neue Unterschicht der Dienstleistungsgesellschaft“ unabhängig davon trifft, ob sie einen Migrationshintergrund haben oder Deutsche sind. Unterschicht wird heute nicht mehr durch den Beschäftigungsstatus (Arbeiter und Angestellte mit geringer beruflicher Bildung) definiert, sondern durch Bildungsarmut, Arbeitslosigkeit oder bestenfalls prekäre Beschäftigung. Das sind Prozesse, die alle großen Städte belasten. Allerdings ist im Ruhrgebiet traditionell die Mittelschicht viel weniger stark gewesen, als in den Regionen, mit denen sich das Ruhrgebiet vergleicht oder vergleichen lassen muss. Die These von der neuen sozialen Mitte des Reviers ist schlicht falsch, denn sie meint den Durchschnitt, den es nirgends gibt. Zwar ist es zutreffend, dass durch den Ausbau von Schulen und Hochschulen im Ruhrgebiet der Anteil von Menschen mit höherer Bildung seit den 1970er Jahren zugenommen hat. Genauso richtig ist aber auch dass die Anteile von Menschen ohne Qualifikation gewachsen sind. Die sozialräumliche Segregation von arm und reich hat zugenommen. Was aus einem Kind im Ruhrgebiet wird, hängt in erster Linie von seiner Adresse ab.

Es fehlt in der Entwicklung der Arbeits- und Wirtschaftskultur ein starkes Gegengewicht zur zunehmend sozial desintegrierten neuen Unterschicht. Dieses eher schwache Gegengewicht ist zudem im Ruhrgebiet ungleich verteilt. Es konzentriert sich in wenigen „gehobenen“ (und als solche leicht erkennbaren) Stadtteilen. Das ist deshalb problematisch, weil dadurch die vorhandenen wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten im Ruhrgebiet in die Zukunft festgeschrieben werden. In vielen Teilen des Ruhrgebiets sind die Kultur und der Lebensrhythmus der Industriegesellschaft abgelöst durch die Kultur und den Lebensrhythmus der Arbeitslosigkeit. Klassenbewusstsein und die Aufstiegs motivation der Industriearbeiter sind ihren Kindern und Enkeln vielfach verloren gegangen. Ihre Zukunftsperspektive gründet sich auf die Erfahrung der Chancenlosigkeit. Ihr soziales Umfeld zeigt ihnen, dass es nichts nützt, sich zu engagieren. Es gibt Quartiere, in denen Kinder keinen Erwachsenen mehr kennen, der re-

gelmässig zur Arbeit geht. In diesen Quartieren dominieren Resignation und Gestaltungspessimismus, ablesbar zum Beispiel an Wahlbeteiligungen von unter einem Drittel der Wahlberechtigten (Ausländer nicht mitgerechnet). Diese Generation soll, wenn sie erwachsen ist, Gesellschaft und Wirtschaft tragen und weiterentwickeln. Wir müssen sie in die Lage versetzen, das zu wollen und zu tun. Fehlende Aufstiegsmöglichkeiten, Bildungsarmut, sozialer Ausschluss z.B. durch Zunahme von Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit, die wachsende Normalität von Armut und Transfereinkommen gefährden die sozialen und kulturellen Voraussetzung einer zukunftsfähigen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft im Ruhrgebiet.

Gleichzeitig muss versucht werden, dass das Ruhrgebiet auch für die bereits gut ausgebildete Menschen aus der ausgebauten Bildungslandschaft der Universitäten und Fachhochschulen attraktiv bleibt, damit sie im Ruhrgebiet bleiben und nicht in andere Regionen abwandern, da sonst hohe Innovationspotenziale verloren gehen. Hierzu muss die wohnfeldbezogene, die arbeitsplatztechnische und die kulturelle Attraktivität sowie die regionale Bindungskraft des Ruhrgebiets gestärkt werden. Die Kommunen im Ruhrgebiet müssen familiengerechter werden, und sie sollen Raum für andere Lebensformen geben.

Die Metropole Ruhr – Vision oder Illusion?

Die Vorstellung, das Ruhrgebiet solle zu einer Metropole werden, wie Paris oder London, hört sich zunächst gut an. Allerdings macht die Tatsache, dass man das Ruhrgebiet nachts auch aus dem Weltall erkennen kann oder dass das Ruhrgebiet zusammen genommen, die drittgrößte Stadt in Europa sein könnte, es nicht schon zu einer Metropole. Metropolen werden in der einschlägigen wissenschaftlichen Literatur als Städte oder Agglomerationen definiert, die überregional wichtige Zentren von Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur darstellen. Sie üben in diesen Bereichen wichtige Steuerungs- und Dienstleistungsfunktionen aus und bilden Knotenpunkte der internationalen Kommunikation. Eine Metropole ist, mit anderen Worten, nicht bloß eine große Stadt oder das Zentrum einer Region, sondern eine Stadt oder Agglomeration, welche Entwicklungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur international oder gar global beeinflusst oder steuert. München übt solche Steuerungsfunktionen politisch zumindest für Bayern, wissenschaftlich, wirtschaftlich und technisch reichen seine Wirkungen oft weltweit. Auch Paris und London beeinflussen viele wirtschaftliche, politische und kulturelle Entwicklungen weltweit. Keine dieser Metropolen steuert globale Entwicklungen allein, aber jede ist ein wichtiger Knoten in globalen Netzwerken, durch die kulturelle, wissenschaftliche, technische, wirtschaftliche und politische Entwicklungen weltweit gesteuert werden. Diese Knotenfunktion hat mit Größe allein nichts zu tun.

Größe kann für einen Stadt oder einen Ballungsraum durchaus ein wichtiges Pfund sein, weil in einer großen Stadt und einem großen Raum zumeist auch große humane und andere Ressourcen und Potenziale angesiedelt sind. In großen Städte oder Ballungsräumen leben mehr Menschen, als in kleinen und schon deshalb ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass man dort auch viele gut qualifizierte und kreative Menschen findet, als in kleinen Räumen. Große Städte oder Ballungsräume haben zumeist eine größere Kaufkraft und stellen Märkte dar, in denen sich eher höhere Marktsegmente entwickeln können, als in kleinen Städten. Für das Ruhrgebiet ist die Größe gegenwärtig jedoch viel mehr ein Nachteil, als ein Vorteil, weil es dem großen Ruhrgebiet nicht gelingt, seine Kräfte und Potenziale zu bündeln. Das hat zwei Gründe: Der eine ist das bekannte Kirchturmdenken, durch das das Ruhrgebiet einem schwerfälligen Koloss auf vielen Rädern gleicht, bei dem jedes Rad in eine andere Richtung fährt. Der andere ist eine mangelnde funktionale Differenzierung zwischen den Städten der Region und ihrer Wirtschaft.

Mobilität ist in der heutigen Zeit ein wichtiger Faktor der Lebens- und Standortqualität von Städten und vor allem von Metropolen. Ein gutes Mobilitätsangebot ist gerade für das Ruhrgebiet wichtig, weil es ansonsten sein Kultur- und Freizeitangebot sowie seine Hochschul-landschaft und seine Marktpotenziale nicht ausreichend bündeln kann. Im Ruhrgebiet gibt es einen Verkehrsverbund, der ein leistungsfähiges Nahverkehrsangebot für die Region bereitstellen soll. Allerdings stellt man immer wieder fest, dass der öffentliche Personennahverkehr im Ruhrgebiet oft rasch auf Grenzen stößt. Ein Vergleich z.B. mit dem ÖPNV in Hannover, Berlin, Hamburg oder München zeigt, was man besser machen könnte. Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr ist nicht die Verkehrsgesellschaft der Region, sondern eine Hülle um 25 kommunale Verkehrsgesellschaften. Rund ein Dutzend dieser Gesellschaften gibt es allein im

Kern des Reviers. Für diese Situation gibt es keine vernünftigen Gründe – eine Region braucht eine Verkehrsgesellschaft und nicht ein oder zwei Dutzend Gesellschaften. Das ist keine neue Einsicht, aber eine, die sich nicht durchsetzt, weil die Städte ihre Eigeninteressen über das regionale Interesse stellen. Dabei könnten sie an dem mittlerweile attraktiven Radewegenetz erkennen, welche Potentiale sich durch Kooperation ergeben können.

Der ÖPNV macht klar, wie schwer das Kirchturmdenken im Ruhrgebiet überwindbar ist. Hier regiert eine verquere „Konsenslogik“, die das Ruhrgebiet aus seiner montanindustriellen Vergangenheit übernommen und bewahrt hat. In dieser Logik werden Verteilungskonflikte so gelöst, dass alle Städte (und auch die anderen wichtigen Akteure) einen Anteil am Kuchen erhalten – und wenn das nicht geht, dann kriegt niemand was. Nach diesem Muster wurden im Ruhrgebiet immer wieder große Ideen und große Programme klein gehackt oder blockiert. Allerdings ändert sich dies langsam in manchen Bereichen.

Ein gutes Beispiel ist die Entwicklung der Hochschullandschaft im Ruhrgebiet. Als Anfang der 1960er Jahre die Ruhr-Universität gegründet werden sollte, gab es zunächst einen Streit um den Standort dieser Universität. Als diese Entscheidung zugunsten von Bochum getroffen war, haben die anderen Großstädte sich mit viel Erfolg darum bemüht, jeweils eine eigene Universität zu kriegen, ohne sich besonders um Synergieeffekte zu kümmern. Erst nach der Zwangsfusion von Duisburg und Essen kommt es durch die Universitätsallianz Metropole Ruhr immer mehr zu einer Bündelung von Kräften und Potenzialen. Die Region fängt langsam an, sich ihre starke Hochschullandschaft anzueignen und Entwicklungen stärker aufeinander abzustimmen. Dazu gehört auch die Kooperation mit den in der Region beheimateten außeruniversitären Forschungseinrichtungen (etwa die Max-Planck-Institute und die Fraunhoferinstitute in den Bereichen Mikroelektronik, Materialfluss und Logistik, Software und Systemtechnik sowie Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik), die die ohnehin dichte Hochschullandschaft inzwischen ergänzen und insgesamt dem Ruhrgebiet ein Kompetenzpotential verleihen, das auch im interregionalen Vergleich vorzeigbar ist.

Inzwischen ist das Ruhrgebiet auf dem Weg, ein bedeutender Gesundheitsstandort zu werden. Gerade in diesem Gestaltungsfeld hat sich in den letzten Jahren viel bewegt, auch weil das Ruhrgebiet über einen quantitativ mehr als soliden Gesundheitsmarkt von 5,3 Millionen potentiellen Patienten, 9.000 Haus- und Fachärzten, 133 Krankenhäusern und über 1.100 Pflegeheimen und ambulanten Diensten auf engstem Raum verfügt, der zudem einige „Leuchttürme“ (wie etwa die Klinik Bergmannsheil in Bochum) aufweist. Mit dem Gesundheitscampus NRW in Bochum, der derzeit aufgebaut wird, ergibt sich eine neue Chance für eine regionale Innovation, die bundesweit ausstrahlen könnte. Die Lage des Gesundheitscampus orientiert sich am Clusterkonzept und an einer räumlichen Konzentration von Forschungsschwerpunkten, Anwendungen und Lehrinrichtungen. Auf dem Campus sollen neben existierenden Gesundheitseinrichtungen Forschungsinstitute angesiedelt und interdisziplinäre Forschungsvorhaben angestoßen werden. Dabei könnte der demographische Wandel im Ruhrgebiet als „Laboratorium“ für neue Produkte und Dienstleistungen für die Gesundheitswirtschaft genutzt und neue Kooperationsprojekte an der Schnittstelle zwischen „Wohnen im Alter/vernetztes Wohnen“ und Gesundheit gestartet werden. In Bochum gibt es ei-

nerseits ein Wissenschaftscluster im Gesundheitsbereich mit verschiedenen Kliniken, Hochschulen und Unternehmen, aber auch ein Kompetenzfeld Wohnen. Es wurde allerdings bislang nicht hinreichend herausgearbeitet, dass sich auch ein „Wohn-Cluster“ entwickelt hat – mit all den Vernetzungen zwischen Unternehmen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen (bspw. dem Europäischen Bildungszentrum der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft). Es wird sich nun zeigen, ob die Akteure aus unterschiedlichen Handlungsfeldern zu einer Kooperation im Rahmen des Gesundheitscampus NRW zusammenfinden können. Akteursnetzwerke bestehen bereits, jetzt geht es darum, sektorenübergreifende Versorgungsstrukturen aufzubauen und in die Regelversorgung zu integrieren.

Zu den Leuchtturmprojekten zählt sicherlich auch die Internationale Bauausstellung Emscher-Park (IBA), ohne deren Ausstrahlung es wahrscheinlich die Kulturhauptstadt Ruhr gar nicht geben würde. Trotz vieler positiver „Landmarken“, die auch überregional als Beispiele für die ökologisch orientierte Umnutzung einer traditionellen Industrieregion stehen, gibt es allerdings auch Probleme hinsichtlich der Nachhaltigkeit der Projekte, die zum Teil nach Ende der IBA nicht mehr weitergeführt und gepflegt werden konnten.

Trotz dieser positiven Veränderungen ist die Konsenskultur im Ruhrgebiet immer noch prägend und nicht immer hilfreich. Die Konsenskultur des Ruhrgebiets ist teilweise mit der Industrialisierung entstanden und gewachsen, ist aber vor allem das Produkt der Nachkriegszeit. Sie ist geprägt durch große Unternehmen, große Technologien und die Einbindung aller wichtigen ökonomischen und politischen Akteure in eine große politisch-ökonomische Koalition. Das entsprach den Bedürfnissen der montanindustriellen Kerns des Ruhrgebiets und der damit verbundenen Industrien (insbesondere Chemie und Energiewirtschaft. Dabei standen zwei Probleme im Zentrum, nämlich die Sicherung der sozialen und politischen Stabilität und die Durchsetzung von großindustriellen Infrastrukturen und Anlagen.

Bis zum Niedergang der Montanindustrie hat die Konsenskultur des Ruhrgebiets eine hohe gemeinsame Handlungsfähigkeit vermittelt. Allerdings beruhte diese Handlungsfähigkeit auf zwei wichtigen Bedingungen: Es gab wichtige gemeinsame Probleme und eine große Verteilungsmasse. Die wichtigen gemeinsamen Probleme schafften starke Anreize für Kooperation und die Verteilungsmasse sorgte dafür, dass Kooperation sich für alle lohnte. Dieses „Spiel“ funktionierte auch nach dem Niedergang der Montanindustrie insofern, als das Ruhrgebiet mit seiner geballten politischen Macht gut dotierte Subventionsprogramme durchsetzen konnte, die dafür gesorgt haben, dass der Niedergang der Montanindustrie sozial und ökonomisch abgefedert wurde. Damit war aber der Vorrat an Gemeinsamkeiten auch erschöpft – zumindest der politisch wahrgenommene Vorrat. Das Ruhrgebiet verlor mit dem Niedergang der Montanindustrie seine wirtschaftliche Klammer, in der seine Handlungsfähigkeit begründet war. Das Ruhrgebiet verlor damit nicht nur seine wirtschaftliche Einheit, sondern hat auch seine wirtschaftlichen Außengrenzen verloren. Die Städte und Kreise entwickelten sich wirtschaftlich und sozial auseinander. Gleichzeitig gewannen die Bezüge zu ihrem jeweiligen Umland an Gewicht.

Wirtschaftliche Verflechtungsanalysen zeigen, dass im Ruhrgebiet die wirtschaftlichen Beziehungen von bestimmten Ballungsräumen in die jeweils angrenzenden Regierungsbezirke Arnsberg, Düsseldorf und Münster ungleich intensiver als die Beziehungen innerhalb des Ruhrgebietes selbst sind. Die Verflechtungsanalysen zeigen einen Wandel, der es aus funktionalen Gesichtspunkten immer schwerer macht von einem Ruhrgebiet zu sprechen. Das Ruhrgebiet teilt sich in der Mitte (Essen, Gelsenkirchen, Marl, Recklinghausen). Westlich dieser Mitte gibt es zunehmende Verflechtungszusammenhänge mit der Rheinmetropole Düsseldorf, östlich strahlt Dortmund ins Sauerland aus. Verflechtungen nach außen nehmen also zu und davon profitiert das Ruhrgebiet, nicht umgekehrt durch eine Konzentration auf sich selbst, wie dies manche Ruhrstadtbefürworter vorschlagen.

Das Ruhrgebiet hat sich viel zu lange nach außen abgeschottet und Entwicklungen „draußen“ nicht oder verspätet wahrgenommen. Die Außenbezüge in die prosperierenden Umfelder des Ruhrgebiets, insbesondere das Rheinland, das Münsterland und Westfalen, wurden lange nicht als Chance für das Ruhrgebiet genutzt. Vielmehr versuchten und versuchen Teile des Ruhrgebietes politisch-administrativ eine Einheit durchzusetzen, die es im Inneren längst nicht mehr gibt. Vor allem die Diskussion um die Ruhrstadt und den Regierungsbezirk Ruhrgebiet geht an den Problemlagen vorbei. Zum einen ist der Vorschlag einer Ruhrstadt politisch nicht durchsetzbar. Wie will man erklären, warum es eine Ruhrstadt mit über 5 Mio. Einwohnern gibt, aber parallel Stadtstaaten wie Bremen, Hamburg und Berlin, die allesamt deutlich kleiner sind. Was bleibt dann noch aus NRW? Zum zweiten ist die Idee der Ruhrstadt auch für das Ruhrgebiet nicht sinnvoll. Sie setzt wieder auf Abschottung nach außen und negiert die beschriebenen positiven Vernetzungseffekte mit den prosperierenden Umlandregionen. Sie beinhaltet vor allem die Gefahr einer weiteren Verschlechterung der Lage im Ruhrgebiet. Angesichts einer pulsierenden Region Rheinland und eines durchaus optimistisch gestimmten Bereiches Westfalen mit ihren Zentren ist die Gefahr eines „Armenhauses Ruhrgebiet“ nicht gering. So würde z.B. die Gründung eines eigenen Landschaftsverbandes für das Ruhrgebiet die Umlage in den Ruhrgebietsstädten um 24 Mio. Euro erhöhen. Probleme interkommunaler Zusammenarbeit können nicht durch die Einrichtung einer staatlichen Mittelinstanz, also eines Regierungsbezirkes Ruhrgebiet, gelöst werden, die gar nicht für Aufgaben wie ÖPNV, kommunale Wirtschaftsförderung oder Kulturpolitik zuständig wäre.

Interkommunale Zusammenarbeit kann durch Kooperationen und Vertrauen der kommunalen Gebietskörperschaften zueinander wachsen. Wenn dies nicht von alleine geschieht, was in polyzentrischen Regionen wie im Ruhrgebiet nicht selten der Fall ist, braucht es externer Hilfen durch Anreize oder Druck. Anreize könnte durch gezielte Landesprogramme, die nicht nach dem Gießkannenprinzip funktionieren, gesetzt werden. Druck entsteht vor allem aus der immer größer werdenden Finanznot der Kommunen im Ruhrgebiet, die durch ihre jahrzehntelange stärkere Belastungen durch Sozialleistungen bei durchschnittlich geringeren Steuereinnahmen die sich auftürmenden Haushaltsdefizite aus eigener Kraft nicht abbauen können. Hier wird es über kurz oder lang einen staatlichen „Rettungsfonds“ geben müssen. Dieser sollte dann deutliche Auflagen in Richtung einer verstärkten regionalen Zusammenarbeit machen und damit die schon zu beobachtenden Initiativen zur Kooperation verstärken.

Während die Vorstellung einer Ruhrstadt also weder realistisch noch sinnvoll ist, muss die Frage nach der Metropole Ruhr differenziert beantwortet werden. Aufgrund der räumlichen Dichte und der Nähe vieler Städte und Kreise ist es sinnvoll in bestimmten Politikfeldern einen Gesamtzusammenhang herzustellen (z.B. ÖPNV, Regionalplanung, Kulturpolitik, Teile der Wirtschaftsförderung) und eine vernünftige Arbeitsteilung zwischen den Städten und Kreisen des Reviers aufzubauen. Das muss aber, je nach Politikfeld, nicht immer alle Kommunen im Revier betreffen und muss auch nicht auf den Raum des RVR beschränkt sein. Dafür müssen sinnvolle institutionelle Lösungen für diese Kooperationen gefunden, die Ruhrstadt oder der Regierungsbezirk Ruhrgebiet sind es aber nicht.

Das Ruhrgebiet leidet unter einer geringen funktionalen Differenzierung

Große Städte leben wirtschaftlich zu einem guten Teil von ihrem Umland. Für dieses Umland nehmen sie wichtige Zentrumsfunktionen ein. Sie sind beispielsweise für das ganze Umland der Einkaufsort für gehobene Güter und Dienstleistungen oder der Ort, an dem sie besondere Angebote in Kultur, Bildung oder Gesundheit erhalten. Durch diese Zentrumsfunktion vervielfachen Städte ihre Kaufkraft – und genau das setzt sie erst in die Lage, gehobene Marktsegmente zu bedienen oder gehobene Angebote in Kultur, Bildung oder Gesundheit zu machen. Im Ruhrgebiet funktioniert dieser Mechanismus nicht, denn das Umland aller großen Städte im Ruhrgebiet besteht ganz oder zu einem großen Teil aus anderen großen Städten. Selbst Dortmund, das sich zu Recht auch als Zentrum für Westfalen versteht, hat im Süden Hagen und im Westen Bochum und Herne. Im Norden ist Recklinghausen nicht weit weg und im Osten gilt das gleiche für Hamm. Auch wenn die Städte im Umland von Dortmund nicht die gleiche Zentralität besitzen, wie Dortmund, entziehen sie Dortmund Kaufkraft und ein Teil der Fähigkeit, gehobene Angebote zu machen. Für die Städte mitten im Ruhrgebiet trifft das naturgemäß noch viel mehr zu. Etwas zugespitzt formuliert, würgen sich die Revierstädte wechselseitig so stark, dass sie nicht genügend Luft für eine starke positive wirtschaftliche Entwicklung haben.

Andere große Agglomerationen mit mehreren großen Städten, wie London, Los Angeles oder Tokyo, haben diese Probleme nicht, weil sie funktional differenziert sind. Es gibt mit anderen Worten zwischen ihren Städten so etwas wie eine Arbeitsteilung. Jede Stadt nimmt in einem bestimmten Bereich die Zentrumsfunktion für die ganze Agglomeration ein. Die einzelnen Städte engen sich damit nicht ein, sondern ergänzen sich im Gegenteil sogar. Deshalb haben solche Agglomerationen oder Metropolen einen starken inneren Zusammenhang und sind nach innen und außen handlungsfähig.

Mit der Kombination von abnehmender wirtschaftlicher Einheit und anhaltender Binnenorientierung hat das Ruhrgebiet einige Chancen verpasst, seine Handlungsfähigkeit durch funktionale Ausdifferenzierung zu sichern. Die abnehmende wirtschaftliche Einheit wurde lange nicht wahrgenommen, dann eher übertüncht als produktiv genutzt. Übertüncht wurde sie sowohl durch Visionen einer neuen Ruhrgebietswirtschaft, etwa der einer Dienstleistungsmetropole oder einer IT-Region, als auch durch die vielen Landesprogramme, die immer wieder für das ganze Ruhrgebiet wenige einheitliche Entwicklungslinien und Handlungsfel-

der Vorgaben. Erst spät kam der Versuch, strukturpolitisch über Kompetenzfelder jeweils auf spezifischen Stärken der Kreise und Städte aufzusetzen. Dieser Ansatz war jedoch nur mäßig erfolgreich, weil die meisten Städte und Kreise versuchten, sich an möglichst vielen Kompetenzfeldern zu beteiligen, selbst wenn die Kompetenzen ihre Existenz nur der Geduld von Papier verdankten, auf dem sie wortreich beschrieben wurden. Eine nachhaltige funktionale Differenzierung konnte sich dabei nicht entwickeln.

Die geringe funktionale Differenzierung ist ein großes Hemmnis für die Überwindung des Kirchturmdenkens und eine gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung des Ruhrgebiets. Stärkere funktionale Differenzierung böte den Kommunen im Ruhrgebiet die Möglichkeit, ein eigenes spezifisches Profil zu entwickeln, das sich von den Profilen der anderen Städte und Kreise deutlich unterscheidet. In dem Ausmaß, in dem diese Profilbildung erfolgreich voranschreitet, bilden sich zwischen den Städten und Kommunen vielschichtige Muster der Arbeitsteilung heraus. Durch Arbeitsteilung entstehen vielfältige und wechselseitige Abhängigkeiten zwischen den Kommunen. Die wechselseitigen Abhängigkeiten schaffen Kooperationsanreize und Kooperationszwänge, aber auch Möglichkeiten, so zu kooperieren, dass alle Beteiligten profitieren. Vielfältige und wechselseitige Abhängigkeiten sind das, was moderne Gesellschaften zusammen hält und leistungsfähig macht. Solange diese Einsicht im Ruhrgebiet nicht umgesetzt wird, bleibt das Ruhrgebiet das, was es nach dem Niedergang der Montanindustrie geworden ist – eine Ansammlung von großen Städten, die zu nahe aneinander liegen, um sich selbständig entwickeln zu können, und die sich in ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung behindern, weil sie ihre Nähe nicht sinnvoll, d.h. arbeitsteilig, strukturiert haben. Auf einen einfachen Punkt gebracht heißt das, dass die Metropole Ruhr ohne eine tragfähige funktionale Differenzierung eine Illusion bleibt.

Allerdings lässt sich funktionale Differenzierung nicht auf dem Reißbrett planen und durchorganisieren, weil sich an einem solchen Prozess viele unterschiedliche Akteure, insbesondere Unternehmen, beteiligen müssen. Zudem gab und gibt es Städte im Ruhrgebiet, die keine wirklich herausragenden Stärken haben, sondern in denen man Stärken erst definieren und langsam aufbauen muss. Kurzum: Politik kann hier nicht mehr tun, als zu versuchen, Rahmenbedingungen zu setzen, welche eine Differenzierung fördern oder Differenzierungshemmnisse abbauen. Dazu gehört auch, dass sie selber ihre Förderung stark fokussiert. Dadurch kann sie Städte unterstützen, die für sich ein spezifisches Profil gefunden und seine Entwicklung auf den Weg gebracht haben, wie das für Bochum mit dem Gesundheitscampus NRW, für Dortmund mit der Mikrosystemtechnik, für Duisburg mit der Logistik, für Gelsenkirchen mit der Solarstadt und für Herten mit der lebenswerten Stadt für alte Menschen gemacht oder versucht wird. Gleichzeitig sollte sie andere Städte entmutigen, einfach zu imitieren, was woanders erfolgreich ist.